

Weniger Scheinmatrikulationen, gleichbleibende Studienaktivität

Über die Auswirkungen der Studiengebühren auf die Zahl
der Studentinnen und Studenten an österreichischen Universitäten

Hans Pechar

Angela Wroblewski

Ab dem Studienjahr 2001/2002 wird es in Österreich Studiengebühren in der Höhe von 5.000 öS (363 Euro) pro Semester geben. Wie wird sich das auf die Zahl der Studenten und Studentinnen auswirken? Die Autoren rechnen mit drastischen quantitativen Konsequenzen, die aber nicht darauf zurückzuführen sind, dass sich ein großer Teil der Studierenden das Studium nicht mehr leisten kann. Es wird vermutet, dass sich die quantitativ am stärksten ins Gewicht fallende Veränderung durch die Bereinigung um die Scheinmatrikulierten an wissenschaftlichen Universitäten ergeben wird. Insgesamt ist mit einem Ausfall von knapp 40 % des „Studierendenaltbestandes“ zu rechnen, das sind zwischen 63.000 und 65.000 der derzeit in den Statistiken geführten Studentinnen und Studenten an wissenschaftlichen Universitäten. Weniger stark ins Gewicht fallen werden die Veränderungen bei Studienanfängern, ausländischen und außerordentlichen Hörern. Keine Veränderungen in der Zahl der Studierenden wird sich durch die Studiengebühren an Fachhochschulen und Kunstuniversitäten ergeben.

1 Problemstellung

Im Herbst 2000 hat die österreichische Bundesregierung beschlossen, ab dem Studienjahr 2001/2002 Studiengebühren, die in Österreich vor 30 Jahren abgeschafft wurden, neuerlich einzuführen. Es versteht sich von selbst, dass diese Maßnahme starke Kontroversen auslöste. Kritik kam nicht nur von denjenigen, die Studiengebühren grundsätzlich ablehnen. Auch viele Befürworter von Studiengebühren kritisierten die konkrete Form der Gebühren und die Art ihrer Einführung. Die wichtigsten Punkte sind:

- Die Einführung der Studiengebühren erfolgte überfallsartig. Noch wenige Wochen zuvor hatten sowohl der Bundeskanzler als auch die Wissenschaftsministerin Studiengebühren für die laufende Legislaturperiode dezidiert ausgeschlossen. In einer so sensiblen Frage ist Glaubwürdigkeit keine Frage der Etikette, sondern betrifft die Substanz der Materie. Wenn das hochschulpolitische Klima von Misstrauen und Zynismus geprägt ist, sind sinnvolle Veränderungen unmöglich.
- Weder wurde den Betroffenen ein Entwurf zur Stellungnahme vorgelegt, noch wurde die Meinung von Experten eingeholt. Was die Regierung im Detail vor hat, ist bis heute nicht völlig klar. Schon in den ersten Wochen mussten Eckpfeiler der Entscheidung mehrfach verändert werden (z. B. bezüglich der Einbindung der Fachhochschulen). Die soziale Absicherung einkommensschwacher Studenten steht als Versprechen im Raum, aber die Details sind noch nicht bekannt.
- Die Studiengebühren dienen nicht der Verbesserung der Studienbedingungen, sondern der Budgetkonsolidierung. Die Regierung hat zwar angekündigt, aus den Gebühreneinnahmen eine „Universitätsmilliarde“ zur Verfügung zu stellen, aber genau um diesen Betrag wurde das Hochschulbudget ein Jahr zuvor gekürzt. Ein weiterer Schwachpunkt ist, dass es sich um eine Pauschalgebühr handelt, die dem Umstand nicht Rechnung trägt, dass ein hoher Anteil der Studenten aus Gründen des Nebenerwerbs ein Teilzeitstudium betreibt. Diese Studenten werden nun aufgrund ihrer im Durchschnitt längeren Studiendauer mit in der Summe höheren Gebühren „bestraft“.

Dieser Artikel¹ nimmt nicht auf diese Kontroverse Bezug. Er konzentriert sich auf die Auswirkungen der Studiengebühren auf die Zahl der an den Universitä-

¹ Basis für den Artikel ist ein Gutachten der AutorInnen für die *Österreichische HochschülerInnen-schaft* (ÖH), das sich auf die in der Bundeshauptstadt Wien befindlichen Universitäten (sechs wis-

ten immatrikulierten Hörer. Schon bisher war eine Prognose der Studentenzahlen mit gewissen Unsicherheiten behaftet. Während die demographische Entwicklung bzw. die Entwicklung der Zahl der Studienberechtigten gut eingegrenzt werden konnte, gab es bei den Übertritten von Abiturienten an die Hochschulen immer wieder Schwankungen, die den prognostizierten Trends teilweise widersprochen haben. Die beste Datenbasis zur Klärung dieser Fragen ist die „Hochschulplanungsprognose“ (HPP) (Dell'mour, Landler 2000), deren Ergebnisse regelmäßig im Hochschulbericht veröffentlicht werden (BMWV 1999, Bd. 2, 203-220). Im Wintersemester 2001/02 kommt aber mit der Einführung von Studiengebühren ein wesentlich gravierenderes Problem hinzu; diese Maßnahme wird mit Sicherheit zu einer Veränderung der in der amtlichen Statistik erfassten Zahl der „ordentlichen Hörer“ führen.

Zur Klärung der dabei auftretenden Fragen wurden keine Primärerhebungen durchgeführt, sondern nur verfügbare Daten ausgewertet und neu interpretiert. Neben der amtlichen Statistik und der HPP sind das vor allem die Daten, die im Zuge der Erhebung über die soziale Lage der Studierenden gewonnen wurden sowie die Ergebnisse einer (nicht publizierten) Auswertung der Prüfungsevidenzen durch das BMBWK (vgl. dazu den Anhang über die verwendeten Datenbanken).

Wir beschränken unsere Überlegungen auf die „wissenschaftlichen Universitäten“. Studiengebühren wird man auch an Kunstuniversitäten und Fachhochschulen bezahlen müssen, aber beide Einrichtungen unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von wissenschaftlichen Universitäten. An Kunstuniversitäten gibt es eine Eingangsselektion nach dem Kriterium des künstlerischen Talents, wobei die Zahl der Bewerber die Zahl der verfügbaren Studienplätze zum Teil erheblich übersteigt. Auch an Fachhochschulen gibt es (im Gegensatz zu den wissenschaftlichen Universitäten) eine Eingangsselektion nach Maßgabe der verfügbaren Studienplätze, deren Zahl in der Regel unter jener der Bewerber liegt. Bei den Studenten der Kunstuniversitäten und Fachhochschulen handelt es sich also um eine selektierte Gruppe, was in einem höheren Grad an Studienmotivation und Studienaktivität seinen Ausdruck findet. An Kunstuniversitäten gibt es nur wenige Drop outs, und die interne Untersuchung des BMBWK hat auch nur einen geringen Anteil an prüfungsinaktiven Hörern ergeben. Wir schließen daraus, dass es kaum „Scheinimmatrikulierte“ (das sind Studierende ohne Stu-

senschaftliche Universitäten und drei Kunstuniversitäten) bezieht. Anlass für das Gutachten waren Verhandlungen der ÖH mit den *Wiener Linien* über ein Semesterticket für die öffentlichen Verkehrsmittel. Für diesen Artikel wurden die Ergebnisse des Gutachtens auf das gesamte Bundesgebiet bzw. alle österreichischen Universitäten ausgeweitet.

dienaktivität) gibt und es somit auch zu keiner „Bereinigung“ der Studierendenzahlen durch Studiengebühren kommen wird.

Eine weitere Besonderheit der Kunstuniversitäten ist der hohe Anteil ausländischer Studenten. Diese kommen primär wegen der hohen Qualität der österreichischen Kunstuniversitäten (das gilt in besonderem Maß für die Musikuniversitäten); die Gebührenfreiheit war ein zusätzlicher, aber nicht ausschlaggebender Vorteil. Selbst wenn die Studiengebühren bei einigen (inländischen und/oder ausländischen) Studenten als ökonomische Barriere wirken sollten, wird sich nur das Verhältnis zwischen Bewerbern und verfügbaren Plätzen ändern, nicht aber die Zahl der Studierenden. Wir gehen davon aus, dass die Studiengebühren an Kunstuniversitäten und Fachhochschulen keine systematischen Veränderungen bewirken werden.

Die Auswirkungen von Studiengebühren auf das Immatrikulationsverhalten einzuschätzen, ist insofern brisant, als daraus häufig ein Votum für oder gegen Studiengebühren abgeleitet wird: Gegner von Studiengebühren unterstellen in der Regel einen starken Zusammenhang, während Befürworter dazu tendieren, diese Auswirkungen als geringfügig einzustufen. Wir werden in der Folge die Auffassung vertreten, dass Studiengebühren in der Tat nur in sehr wenigen Fällen studienaktive Hörer in ihrem Immatrikulationsverhalten beeinflussen werden, aber wir wollen dies nicht als Argument für Studiengebühren verstanden wissen. Auch wenn Studiengebühren nicht als ökonomische Barriere wirken, sind Gründe denkbar, um sie abzulehnen.¹ Die hochschulpolitische Bewertung von Studiengebühren ist nicht Gegenstand dieses Artikels.

2 Modellannahmen

2.1 Ordentliche inländische Hörer an wissenschaftlichen Universitäten

Die folgenden Überlegungen beziehen sich zunächst nur auf die von der HPP erfasste Population, nämlich die ordentlichen inländischen Hörer an wissenschaftlichen Universitäten. Dabei handelt es sich nicht nur um die quantitativ bedeutsamste Gruppe der gesamten Studenten, sondern auch um jene, bei der die Einführung von Studiengebühren zu den umfangreichsten und kompliziertesten (weil durch mehrere Faktoren bedingten) Veränderungen führen wird. Im Anschluss daran wird der Einfluss der Studiengebühren auf die von der HPP nicht erfassten Gruppen (ausländische Studierende, außerordentliche Hörer) diskutiert.

¹ Man könnte z. B. argumentieren, dass das Studienverhalten davon negativ beeinflusst wird.

Ausgangspunkt für unsere Schätzung ist die jüngste Version der HPP (Dell'mour, Landler 2000). Ihr zu Folge sollte es im WS 2001/02 ca. 194.400 ordentliche inländische Hörer geben (19.400 Studienanfänger und 175.000 „Altbestand“). Die Neueinführung von Studiengebühren kann aus mehreren Gründen Auswirkungen auf die Zahl der inskribierten Hörer haben:

1. Es wird mit Sicherheit zu einer Bereinigung bei den „Scheinimmatrikulierten“ kommen. Dieser Effekt wird erhebliche quantitative Ausmaße annehmen.
2. Es wird möglicherweise eine „ökonomische Barriere“ wirksam werden, d. h. einige potentielle Studenten werden sich nicht immatrikulieren, weil ihnen die Studiengebühren zu teuer sind. Ob dieser Effekt überhaupt zum Tragen kommt, ist ungewiss, wir gehen davon aus, dass er quantitativ geringfügig ausfallen wird. Zum Teil wird es sich hierbei um vorgezogene Studienabbrüche von Studierenden handeln, die derzeit nur in geringem Ausmaß studienaktiv sind.
3. Es könnte zu einem „Beschleunigungseffekt“ bei Studierenden in der Abschlussphase kommen, mit dem Ziel, das Studium noch in der gebührenfreien Phase zu beenden. Auch hier dürften die quantitativen Auswirkungen gering sein.

In der Folge werden wir versuchen, den möglichen Einfluss der unterschiedlichen Faktoren zu gewichten und abzuschätzen.

2.1.1 Die Bereinigung um die „Scheinimmatrikulierten“

Das Phänomen der Scheinimmatrikulierten ist durch die „Laisser-faire-Bedingungen“ an österreichischen Universitäten bedingt. Es handelt sich um eine bestimmte Deutung akademischer Freiheiten, die für alle Beteiligten eine maximale Liberalität bei minimaler Verbindlichkeit gestattet. In unserem Zusammenhang sind vor allem zwei Organisationsmerkmale der österreichischen Universitäten von Bedeutung:

- Die überaus freizügige Zugangsregelung („freier Hochschulzugang“), die allen Studienberechtigten (das sind Personen mit Abitur oder einer äquivalenten Qualifikation) die Immatrikulation an jeder Universität ihrer Wahl erlaubt und der Universität eine aktive Aufnahme, d. h. eine Selektion aus der Gruppe der Bewerber, untersagt.
- Eine sehr liberale Kultur des Lehrens und Lernens, die ein „Monitoring“ des Lernerfolgs nicht als Verantwortung der Universität definiert. Die Univer-

sität als lehrende Organisation kann nicht wissen und will nicht wissen, welche Fortschritte die einzelnen Studenten machen. Diese müssen ihr Studium in eigener Verantwortung organisieren, haben aber (in der Regel) zugleich die Freiheit, für eine unbegrenzte Dauer an der Universität immatrikuliert zu sein.

Diese beiden Merkmale des Laisser-faire-Systems lassen es nicht zu, dass die unterschiedlichen Studienintensitäten, die es in jedem Hochschulsystem gibt (Teil- versus Vollzeitstudium), in der offiziellen Hochschulstatistik abgebildet werden können. Die Vollzeitäquivalente studienaktiver Hörer, die der verlässlichste Belastungsindikator wären, stehen im Informationssystem der österreichischen Universitäten daher ebenso wenig zur Verfügung wie Angaben zu Studierenden ohne Prüfungsaktivität („Scheinimmatrikulierte“). Eine methodisch saubere empirische Studie, die Aufschlüsse über das quantitative Ausmaß dieses Phänomens erlaubt, gibt es nicht. Um so heftiger wird darüber spekuliert, wobei die Scheinimmatrikulierten häufig als Projektionsfläche für ideologische Kontroversen dienen. Nur in wenigen Fällen haben die stark variierenden Schätzungen, die in der öffentlichen Diskussion genannt werden, eine zumindest teilweise empirische Fundierung. Große Medienresonanz hat im Sommer 2000 eine interne Berechnung des BMBWK gefunden, die an Hand der Prüfungsevidenzen „prüfungsaktive“ und „prüfungsinaktive“ Hörer unterscheidet (siehe Anhang). Die dabei generierten Daten stellen einen gewaltigen Fortschritt für eine seriöse Behandlung dieser Frage dar. Sie bilden die Grundlage für die von uns vorgenommene Korrektur der HPP. Sie können aber keine ausreichende Antwort auf alle offenen Fragen bieten, wobei insbesondere die Gleichsetzung von „prüfungsinaktiven Hörern“ und „Scheinimmatrikulierten“ in Frage gestellt werden muss.

Wir nehmen daher eine Unterscheidung zwischen den Dimensionen „Prüfungsaktivität“ und „Studienaktivität“ vor.¹ Nicht alle prüfungsinaktiven Hörer sind auch studieninaktiv. Es gibt mehrere Gründe, warum man aktiv ein Studium betreiben kann, obwohl man in einem bestimmten Zeitabschnitt² keine Prüfung ablegt:

¹ Es handelt sich hier um eine analytische Abgrenzung. Zweifellos wäre es schwierig, alle prüfungsinaktiven Hörer den hier unterschiedenen Kategorien eindeutig zuzuordnen, weil in einigen Fällen die Grenzen fließend sind. Dennoch erscheint es uns wichtig, vor einer quantitativen Schätzung eine möglichst präzise begriffliche Analyse möglicher Fälle vorzunehmen.

² Die Untersuchung des BMBWK bezog sich auf die Dauer eines Studienjahres (1998/99).

- Man kann an einer Abschlussarbeit (Diplomarbeit oder Dissertation) arbeiten, die häufig länger als zwei Semester dauert. Aber auch die Vorbereitung auf große Prüfungen kann u. U. eine längere Prüfungsinaktivität erklären.¹
- Schließlich gibt es eine nicht unbedeutende Zahl an Teilzeitstudenten, die aus Gründen einer Nebenerwerbstätigkeit oder wegen familiärer Betreuungspflichten phasenweise prüfungsinaktiv sind, ohne dass sie deshalb das Studium aufgeben hätten. Es handelt sich also um eine sehr geringe Studienaktivität, aber von der Motivlage und vom Selbstverständnis dieser Studenten her gesehen kann man nicht von Scheinimmatrikulierten sprechen; was sich auch in der Reaktion dieser Gruppe auf die Einführung von Studiengebühren niederschlagen wird.

Auch bei den studieninaktiven Hörern lassen sich verschiedene Motive unterscheiden (gereiht nach der von uns vermuteten Häufigkeit des Auftretens):

- Es gibt Studierende ohne Erstabschluss, bei denen dem Studienabbruch eine längere Phase studieninaktiver Immatrikulation vorausgeht. Unter den Laisser-faire-Bedingungen (bei gleichzeitiger Kostenfreiheit) kann sich der Prozess der „Abkühlung“ ernsthafter Studienabsichten über eine relativ lange Zeitperiode erstrecken (vor allem dann, wenn auch die Eltern eine liberale Haltung an den Tag legen und den Studienfortschritt nicht genau kontrollieren), da es nur geringen Entscheidungsdruck gibt. Dieser Prozess kann mehrere Phasen durchlaufen: eine Phase der Verunsicherung bzw. Unklarheit über die weiteren Perspektiven, eine Phase, in der sich der Studierende den Studienabbruch selbst nicht eingestehen will, sowie eine Phase, in der er den Studienabbruch anderen (z. B. den Eltern) nicht eingestehen will und deshalb weiter immatrikuliert bleibt.
- Es gibt Studierende mit einem Erstabschluss, die ein Doktoratsstudium anstreben, dies aber aus beruflichen Verpflichtungen vorderhand nicht realisieren können. In vielen Fällen bleiben sie ohne jegliche Studienaktivität weiter immatrikuliert (gleichsam als Ersatzhandlung, mit der sie - in erster Linie sich selbst - beweisen, dass ihr Vorsatz nach wie vor aufrecht ist).

¹ „Bei den naturwissenschaftlichen Studien (...) ist es üblich, dass man ca. drei bis vier Jahre Vorlesungen hört, Praktika absolviert und diese mit Prüfungen abschließt. Nach Ablegung dieser Prüfungen folgt eine Diplomarbeit, nach dieser ca. einjährigen Forschungstätigkeit dann die Diplomprüfung und danach - über ca. drei Jahre - die Arbeit an der Dissertation mit abschließendem Rigorosum. Das bedeutet: ein (guter) Student legt in den ersten Jahren 90 Prozent der notwendigen Prüfungen ab, in der zweiten Hälfte des Studiums dagegen nur zwei - was die Statistik natürlich relativiert (...) Ungefähr 37 Prozent aller Studenten legen drei Jahre lang keine Prüfung ab, obwohl sie in dieser Zeit sehr intensiv arbeiten.“ (Gastkommentar Prof. Hofmann, Universität Innsbruck, Der Standard vom 31.1.2001)

Scheinimmatrikulierte dieses Typs sind beispielsweise in außeruniversitären Forschungseinrichtungen vertreten.

- Unter den Laisser-faire-Bedingungen (bei gleichzeitiger Kostenfreiheit) gibt es ordentliche Hörer, die gar keinen Abschluss anstreben, sondern nur immatrikuliert sind, um diverse Vergünstigungen für Studenten in Anspruch zu nehmen. Seit der Bezug der Familienbeihilfe (und andere staatliche Transfers) zeitlich begrenzt und an einen Leistungsnachweis gebunden sind, sind die Immatrikulationen dieses Typs sicherlich zurückgegangen. Aber da es für Studenten nach wie vor eine Vielzahl von Ermäßigungen gibt (z. B. bei Kultur- und Sportveranstaltungen, Preisreduktionen bei Abos oder Publikationen), muss man derzeit noch mit einer geringen Anzahl von Scheinimmatrikulierten dieses Typs rechnen. Mit der Einführung von Studiengebühren werden derartige Scheinimmatrikulationen jedoch nicht mehr vorkommen.

Wir gehen davon aus, dass man nur die Gruppe der studieninaktiven Hörer als Scheinimmatrikulierten bezeichnen kann. Sie werden sich exmatrikulieren, sobald dafür 5.000 öS pro Semester zu bezahlen sind. Welche Konsequenzen die Einführung von Studiengebühren für die unterschiedlichen Gruppen studienaktiver Studenten haben wird, lässt sich nur unter Berücksichtigung der Wirksamkeit der ökonomischen Barriere beantworten.

2.1.2 Studiengebühren als „ökonomische Barriere“

Die Annahme, nicht nur Scheinimmatrikulierte, sondern auch studienaktive Hörer würden durch Studiengebühren von einer Inskription abgehalten werden, geht davon aus, dass das Ausmaß der Studienpartizipation eine Funktion der (förderlichen oder hemmenden) ökonomischen Begleitumstände sei. Die Studiennachfrage – so die These – reagiert auf die Kosten der Ausbildung: bei sinkenden Kosten (z. B. durch Abschaffung der Studiengebühren oder bessere Förderung) erhöht sie sich, bei steigenden Kosten (neuerliche Einführung von Studiengebühren, reduzierte Förderung) sinkt sie. Diese These kann sich auf Erfahrungen aus der Frühphase der Bildungsexpansion berufen. Damals haben verschiedene Fördermaßnahmen (Ausbau der Studienbeihilfe, Abschaffung der Studiengebühren) dazu beigetragen, die Studienbereitschaft auch in bis dahin bildungsfernen Schichten zu erhöhen. Die Rücknahme der staatlichen Förderung würde nun dazu führen, dass auch das Niveau der Bildungsbeteiligung auf tertiärem Level wieder zurückgeschraubt werde. Dementsprechend wird unterstellt, dass genau jene Gruppen, die damals „Gewinner“ der Bildungsexpansion waren

(Frauen sowie Studierende aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien), durch die neuerliche Einführung von Studiengebühren am stärksten von den Hochschulen verdrängt werden.

Ein solcher in beide Richtungen wirksamer Determinismus zwischen ökonomischen Faktoren (dem „Unterbau“ der Gesellschaft) und sozialem bzw. kulturellem Verhalten (dem „Überbau“) ist freilich nicht plausibel. Zwar kann man begünstigende ökonomische Maßnahmen (z. B. Förderungen für das Studium) mit gutem Grund als eine Bedingung für soziale und kulturelle Neuerungen (z. B. Bildungsaspirationen in bislang „bildungsfernen“ Schichten) betrachten. Aber das Wegfallen der günstigen ökonomischen Rahmenbedingungen führt nicht automatisch und in jedem Fall zum Status quo ante zurück. Die Sozialwissenschaften haben sich zur Beschreibung solcher Phänomene der technischen Metapher des „Sperrklinken-Effekts“ bedient (vgl. Hirschman 1996, 234ff): der ökonomische Determinismus wirkt nur in die eine Richtung, bei der Umkehr kommt es zu einer Entkopplung der sozialen und kulturellen Phänomene von den ökonomischen Rahmenbedingungen.¹

Das liegt daran, dass es in der Zwischenzeit zu nachhaltigen Lernprozessen gekommen ist (dafür waren die positiven ökonomischen Rahmenbedingungen eine Voraussetzung), die nicht ohne weiteres wieder rückgängig gemacht werden können. Vereinfacht formuliert: wer einmal ein bestimmtes kulturelles Entwicklungsniveau erreicht hat, gibt dies nicht wieder auf, es sei denn, es erfolgen so drastische Einschränkungen der materiellen Lebensverhältnisse, dass gar keine Wahlmöglichkeiten bestehen. M. a. W.: bei lang anhaltenden und gravierenden Verschlechterungen der materiellen Lage ist eine „Regression“ auf ein früheres kulturelles Entwicklungsstadium denkbar. Geringfügige Verschlechterungen der Rahmenbedingungen reichen hingegen nicht aus, denn sie lassen den Akteuren genügend Handlungsspielraum, um auf die Veränderungen mit einer Neugewichtung der Prioritäten etc. zu reagieren.

Es liegt nahe, das Verhältnis zwischen ökonomischen Rahmenbedingungen (Nulltarif, Studienförderung) und kulturellen Faktoren (Studienbereitschaft) nach diesem Muster zu deuten. Die günstigen Rahmenbedingungen haben auch

¹ Hirschman (1996) nennt als Beispiel den Zusammenhang zwischen den ökonomischen Konjunkturen in Lateinamerika der 70er und 80er Jahre und dem sozialen und kulturellen Verhalten der Bevölkerung. Zunächst war es auf Grund günstiger wirtschaftlicher Bedingungen und steigender Löhne zu einem verbesserten Bildungs-, Gesundheits-, Ernährungsverhalten etc. gekommen. Aber als sich später, auf Grund der Schuldenkrise, die ökonomischen Bedingungen für breite Bevölkerungskreise verschlechterten, hielten diese dennoch an den erreichten sozialen und kulturellen Standards fest (was Einschränkungen in anderer Hinsicht erforderlich machte).

in bis dahin bildungsfernen Schichten die Studienbereitschaft erhöht. Das hat in diesen Schichten zu nachhaltigen Lernprozessen geführt. Der wichtigste Lerneffekt ist: die Scheu vor höherer Bildung ist verschwunden, man traut sich ein Studium zu (das war eine oder zwei Generationen früher in diesen Schichten nicht der Fall). Und man hat den Wert universitärer Bildung kennen gelernt. Tertiäre Qualifikation wird als wichtiger Faktor für die Verbesserung von Arbeitsmarktchancen erkannt; man hat aber auch den Eigenwert gehobener Bildung schätzen gelernt, jene „Erträge“, die sich nicht in Geld messen lassen, die aber die Lebensqualität erhöhen. Alle diese Erfahrungen werden durch einen geringfügigen Anstieg in den Kosten eines Hochschulstudiums nicht plötzlich ausgelöscht. Daher ist damit zu rechnen, dass in der überwiegenden Zahl der Fälle die Studenten (bzw. ihre Familien) eher auf andere Dinge verzichten, bevor sie das Studium aus Kostengründen aufgeben.

Zahlreiche Studenten (bzw. deren Familien) haben in der Vergangenheit behauptet, dass sie sich ein Studium nicht leisten könnten, müssten sie Studiengebühren bezahlen. Aber es ist in vielen Fällen nicht klar, ob das eine politische Aussage oder eine zutreffende Prognose ihrer Reaktion auf Studiengebühren ist. Immerhin sind die privaten Kosten eines Studiums in Form der Opportunitätskosten auch unter den Bedingungen des Nulltarifs ein Vielfaches der ab 2001/02 zu bezahlenden Studiengebühren. Unterstellt man bei Studenten „rationales ökonomisches Verhalten“, dann dürfte ein vergleichsweise geringfügiger Anstieg in den Gesamtkosten eines Studiums zu keinen gravierenden Verhaltensänderungen führen.

Dieser Schluss wird auch durch das Inskriptionsverhalten im Wintersemester 2000/01 nahegelegt. In diesem Semester gab es sowohl bei den ordentlichen Hörern wie bei den Studienanfängern hohe, über den Prognosen liegende Werte, obwohl die Ankündigung von Studiengebühren für das nächste Studienjahr schon während der Einschreibungsperiode (am 19.9.2000) erfolgte. Zumindest für die Studienanfänger gilt, dass der Beginn eines Studiums keinen Sinn macht, wenn man tatsächlich entschlossen ist, im darauf folgenden Jahr nicht mehr weiter zu studieren. Gegen diese Interpretation ist eingewandt worden, dass ein Teil der Studenten schon vor der Bekanntgabe der Studiengebühren immatrikuliert war.¹ Ein weiteres Argument lautet: die überfallsartige Einführung von Studiengebühren habe die Studenten überrascht. Niemand könne innerhalb weniger Tage eine auf mehrere Jahre hin angelegte Lebensplanung umdisponieren.

¹ Tatsächlich konnte man sich bereits ab dem Sommer immatrikulieren; von dieser Möglichkeit machten aber nur wenige Gebrauch.

In vielen Fällen habe man sich einfach immatrikuliert, um Zeit zu gewinnen und sich neu zu orientieren.

Beide Einwände sind stichhaltig und relativieren die oben angeführte Interpretation (aber sie setzen sie nicht vollständig außer Kraft). Man muss weiterhin damit rechnen, dass nicht alle Studenten – wie oben unterstellt – als „rationale Akteure“ handeln. Die Studiengebühren haben einen so hohen symbolischen Stellenwert, dass rationale Argumente teilweise außer Kraft gesetzt werden. Vor allem in einer Übergangs- und Gewöhnungsphase – bis sich die Kostenpflichtigkeit des Studiums als neue Normalität eingependelt hat – ist damit zu rechnen, dass die Studiengebühren bei einem geringfügigen Anteil studienaktiver bzw. -williger Hörer als ökonomische Barriere wirken.

Bei der Schätzung dieses Anteils muss man zwischen erstmalig immatrikulierten und bereits länger immatrikulierten Hörern („Altbestand“) und innerhalb letzterer zwischen den verschiedenen Gruppen studienaktiver Hörer unterscheiden, und zwar in zweierlei Hinsicht:

- Auf der einen Seite haben Studienanfänger noch nichts in ihre universitäre Ausbildung investiert, während die übrigen Studenten je nach Länge ihrer bisherigen Immatrikulation bereits viel Zeit und Energie, oder ökonomisch gesprochen: Opportunitätskosten, in ihre Ausbildung investiert haben. Wenn letztere das Studium abbrechen, gehen diese Investitionen verloren,¹ wenn die potentiellen Studienanfänger das Studium gar nicht beginnen, verlieren sie nichts.
- Auf der anderen Seite ist die Gruppe der studienaktiven Hörer (mit mindestens einem Semester Studienerfahrung) homogener als die Gruppe der potentiellen Studienanfänger. Bei den letzteren sind ja die künftigen Studienabbrecher noch eingeschlossen, die bei der ersten Gruppe bereits ausgeschieden sind bzw. im Zuge des oben beschriebenen „Bereinigungsprozesses“ ihren Status als studieninaktive Hörer beenden. Die erste Gruppe hat jenen Selektionsprozess (größtenteils) bereits hinter sich, welcher den Studienanfängern noch bevorsteht.² Man könnte nun davon ausgehen, dass unter

¹ Jedenfalls unter dem Gesichtspunkt der formellen Zertifizierung; der Bildungs- und Qualifikationszuwachs geht nicht verloren, auch auf bestimmten Arbeitsmärkten werden die im Zuge eines angebrochenen Studiums erworbenen Teilqualifikation anerkannt.

² Wir lassen offen, ob und in welchem Ausmaß sich die Abbruchsquote unter den Bedingungen von Studiengebühren verringern wird (wenn sich beispielsweise tatsächlich die Studienbedingungen und die Qualität der Lehre verbessern). In unserem Zusammenhang ist das ohne Belang, da es sich dabei um einen mittel- bis langfristigen Effekt von Studiengebühren handelt, der die Zahl der Studierenden im Studienjahr 2001/02 in keiner Weise beeinflussen wird.

dem Druck von Studiengebühren jene Erfahrungen, die zum Studienabbruch führen, antizipiert werden: die Gruppe der potentiellen Studienanfänger könnte ihre Motivation, Leistungsfähigkeit, Interessen einer strengeren Prüfung als bisher unterziehen, sich über die tatsächlichen Bedingungen an den Universitäten informieren und auf dieser Basis eine „Selbstselektion“ vornehmen, m. a. W.: von vorneherein das Studium gar nicht beginnen. Wir glauben nicht, dass das in größerem Ausmaß der Fall sein wird. Erstens ist es sehr schwierig, diese Erfahrungen zu antizipieren. Auch bisherige Studentengenerationen haben die Studienabbruchskarriere nicht aus Jux und Tollerei gewählt (abgesehen von jener kleinen Minderheit, die sich nur immatrikuliert, um ökonomische Vorteile zu gewinnen). Wenn eine so schwerwiegende Entscheidung wie die über die weitere Ausbildungs- (und indirekt damit auch: Berufs-)karriere auf rationaler Basis getroffen werden soll, ist eine Orientierungsphase nötig. Da wir nicht glauben, dass die Sekundarstufe II diese Funktion kurzfristig erfüllen kann, gehen wir davon aus, dass das erste Studienjahr auch weiterhin eine Art Orientierungsfunktion behalten wird. Das ist - aus der Perspektive der Studiennachfrage - auch unter ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll: im ersten Studienjahr erhalten die Studierenden die Familienbeihilfe ohne Leistungsnachweis, und sie müssen diese Förderung im Fall eines Abbruchs auch nicht zurückzahlen. In der Summe macht die Familienbeihilfe aber mehr aus als die Studiengebühren. Aus diesen Gründen glauben wir, dass sich das Inskriptionsverhalten der potentiellen (und der HPP zu Grunde liegenden) Studienanfänger nur geringfügig ändern wird.

Der Wirkungsgrad der ökonomischen Barriere wird weiter davon abhängen, ob es der Regierung gelingt, ein „positives Meinungsklima“ zu schaffen. Dies ist dann der Fall, wenn die große Mehrheit der Studenten daran glaubt, dass

- soziale Härtefälle „abgefedert“ werden (durch Erlass der Studiengebühren bzw. Erhöhung der Studienbeihilfe; die Details sind noch nicht klar);
- die Studiengebühren mittelfristig zu einer Verbesserung der Studienbedingungen führen werden, wodurch auch ein rascherer Studienabschluss ermöglicht wird.

Wir werden diesem Unsicherheitsfaktor in Form von zwei Varianten (positives bzw. negatives Meinungsklima) Rechnung tragen.

2.1.3 Der „Beschleunigungseffekt“ in der Abschlussphase

Die Ankündigung von Studiengebühren im Herbst 2000 hatte bei vielen Studenten eine mobilisierende Wirkung: es gab nun einen Grund mehr, das Studium rasch beenden zu wollen. In einer solchen Beschleunigung, die zu einer Verkürzung der Studiendauer führen soll, liegt ja eines der politischen Ziele von Studiengebühren. Uns interessiert in diesem Zusammenhang nicht, wie realistisch dieses Ziel generell ist; es geht uns ausschließlich um jene relativ kleine Gruppe, bei der der Studienabschluss bereits in Reichweite ist, die aber ohne die Ankündigung von Studiengebühren noch ein, zwei Semester (oder auch länger) benötigt hätte, die aber nun unter den geänderten Bedingungen die Prioritäten neu setzt und den Abschluss noch im Studienjahr 2000/01 anstrebt.

Es gibt genügend anekdotische Evidenzen für ein solches Verhalten. Unklar ist erstens, wie häufig es ist, und zweitens in wie vielen Fällen die gute Absicht tatsächlich zum Erfolg führt. In dem Ausmaß, in dem der Beschleunigungseffekt tatsächlich eintritt, würde sich die durchschnittliche „Durchlaufgeschwindigkeit“ erhöhen; aber der HPP liegt die bisherige Durchlaufgeschwindigkeit zu Grunde, sie würde die Zahl der Absolventen im Jahr 2000/01 unterschätzen und die Zahl der Studenten im Jahr 2001/02 im selben Ausmaß überschätzen. Die von uns geschätzte Zahl der Hörer muss somit um diese „vorgezogenen Studienabschlüsse“ bereinigt werden.

2.2 Ausländische Studentinnen und Studenten

Die Auswirkungen der Studiengebühren auf die Zahl der ausländischen Studierenden werden nun nach denselben Gesichtspunkten wie für die inländischen diskutiert. Die Ausgangslage für diese Überlegungen ist deutlich schlechter als bei den Inländern, denn neben quantitativen Prognosen fehlen für diese Gruppe auch sozialwissenschaftliche Untersuchungen wie etwa jene über die „soziale Lage“.

Grundsätzlich mussten Ausländer schon bislang Gebühren in der Höhe von ca. 5000 öS pro Semester zahlen. Studenten aus dem EU/EWR-Raum sowie aus Entwicklungsländern, d. h. die große Mehrheit der ausländischen Studierenden, waren aber von diesen Gebühren befreit. In Zukunft kommen für alle Ausländer die neu eingeführten Gebühren dazu, d. h. wer bisher schon zahlte, zahlt nun doppelt, alle übrigen zahlen nun die selben Gebühren wie inländische Studierende.

Zu einer Bereinigung von Scheinmatrikulierten wird es nicht kommen, da es nach unserer Auffassung bei Ausländern dieses Phänomen in nennenswertem

Umfang nicht gibt. Studieren im Ausland erfordert erheblichen Mitteleinsatz, und es ist plausibel, dass diejenigen, die diesen Aufwand betreiben, auch ernsthafte Studienabsichten haben. Ein mögliches Motiv zur Scheinmatrikulation wäre es, auf diesem Weg zu einer Aufenthaltsgenehmigung zu kommen. Wie alle anderen Bürger benötigen auch Studenten fremder Staaten (mit Ausnahme solcher der EU/EWR bzw. der Schweiz) eine Aufenthaltsgenehmigung. Die Aufnahme an eine Universität (über die der Rektor entscheidet) berechtigt zum Erwerb einer Aufenthaltsgenehmigung, allerdings nur für ein Jahr. Nach dieser Frist müssen Leistungen im Ausmaß von 8 Semesterwochenstunden nachgewiesen werden, andernfalls erlischt die Aufenthaltsgenehmigung. Ein mittels Scheinmatrikulation „erschlichener“ Aufenthalt ist also nur für die Dauer eines Jahres möglich. Wir vermuten, dass dieser Anreiz zu gering ist, um eine große Anzahl von Scheinmatrikulierten anzulocken. Jene hingegen, die auf diesem Weg tatsächlich zu einer Aufenthaltsgenehmigung zu gelangen trachten, werden u. U. auch bereit sein, 5.000 öS pro Semester zu bezahlen. M. a. W.: es gibt nur sehr wenige ausländische Scheinmatrikulierte, aber diese wenigen werden sich von den Studiengebühren nicht abschrecken lassen.

Anders dürfte es sich mit dem Faktor ökonomische Barriere für studienaktive ausländische Hörer verhalten. Zwar gibt es kein gesichertes empirisches Wissen, aber zahlreiche Gerüchte und Anekdoten, die darauf verweisen, dass der gebührenfreie Zugang für eine nicht zu vernachlässigende Gruppe ausländischer Studenten ein wesentliches Motiv war, um sich für ein Studium in Österreich zu entscheiden. Aus dieser Gruppe werden vermutlich einige Hörer umdisponieren und sich für ein anderes Land entscheiden, z. B. für Deutschland, wo es nach wie vor keine offizielle Studiengebühren gibt.¹

Die Möglichkeit eines vorgezogenen Studienabschlusses auf Grund eines „Beschleunigungseffekts“ ist grundsätzlich gegeben, wir werden dies auf Grund der geringen quantitativen Bedeutung aber vernachlässigen.

2.3 Außerordentliche Hörerinnen und Hörer

Es gibt zwei Typen außerordentliche Hörer:

- Als Typ 1 bezeichnen wir solche, die (schon bisher kostenpflichtige) Hochschullehrgänge und -kurse besuchen. Für sie ändert sich nichts, denn die Einführung von Gebühren für ordentliche Studien erhöht die Kosten dieser

¹ Allerdings schränkt der Numerus Clausus diese Möglichkeit in einigen Fächern empfindlich ein.

Lehrgänge nicht. Wir gehen davon aus, dass sich die Zahl der Studierenden an Hochschullehrgängen nicht verändern wird.

- Als Typ 2 bezeichnen wir solche, die ohne das Ziel eines Abschlusses das bislang kostenlose Studienangebot der Universitäten belegt haben (z. B. Seniorenstudentinnen und -studenten). Sie werden in Zukunft auch Studiengebühren bezahlen müssen. Wir gehen davon aus, dass diese (schon bisher quantitativ geringe) Gruppe von Studierenden auf Grund der Einführung von Studiengebühren deutlich an Bedeutung verlieren wird.

3 Ergebnisse

Im Folgenden werden die in Abschnitt 2 theoretisch ausgeführten Annahmen zur Schätzung der Studierendenzahlen für das Wintersemester 2001/02 anhand der verfügbaren Datenquellen umgesetzt. Es werden vier Gruppen von Studierenden unterschieden, da bestimmte Informationen aus der HPP bzw. aus der Befragung zur sozialen Lage der Studierenden nur für inländische, ordentliche Hörer zur Verfügung stehen. Die vier Gruppen sind:

- Studienanfänger (inländische, ordentliche Hörer)
- „Studierendenaltbestand“ (inländische, ordentliche Hörer)
- ausländische Studierende
- außerordentliche Hörer

Auf die Zahl der Studienanfänger wird sich die Einführung der Studiengebühren kaum auswirken. Dies legen zum einen die Inskriptionszahlen für das WS 2000/01 nahe (die einen weiteren leichten Anstieg der Zahl der Studienanfänger brachten). Zum anderen wird davon ausgegangen, dass trotz der Einführung der Studiengebühren die Studieneingangsphase nach wie vor eine Art „Orientierungsphase“ sein kann, in der nicht tatsächlich auf einen Studienabschluss hingearbeitet wird, aber die Entscheidung für eine künftige berufliche Tätigkeit oder einen weiteren Ausbildungsweg (Studium, Fachhochschule, Akademie) getroffen wird.

Für die Schätzung der Zahl der Studienanfänger im WS 2001/02 wird von den vorläufigen Zahlen aus der Hochschulstatistik für das WS 2000/01 ausgegangen. Diese Werte werden mit der erwarteten Entwicklung laut HPP gewichtet. Laut HPP kommt es in Österreich im WS 2001/02 zu einem Rückgang der Zahl der Studienanfänger um 0,351 %. Das bedeutet, dass die HPP für das Studienjahr 2001/02 von 19.403 Studienanfängern an wissenschaftlichen Universitäten ausgeht.

Definition „Studienanfänger“: Erstimmatrikulationen im WS 2000/01 * Steigerungswert lt. HPP = 19.471 * -0,351 % = 19.403

Durch die Einführung der Studiengebühren wird es dennoch zu einem leichten Rückgang der Zahl der Studienanfänger kommen, die sich aufgrund der Studiengebühren entweder für eine andere (gebührenfreie) Ausbildung entscheiden oder in das Berufsleben einsteigen. Es wird sich hierbei jedoch nur um einen geringfügigen Einfluss handeln, dessen konkretes Ausmaß wesentlich vom Meinungsklima im Herbst abhängen wird. Wir schätzen bei einem positiven Meinungsklima einen Rückgang von 5 % (-971 Studienanfänger), bei einem negativen um 10 % (-1.941 Studienanfänger).

Die wesentlichsten Veränderungen werden sich im „Studierendenaltbestand“ (Studierende insgesamt, abzüglich Studienanfänger) ergeben. Laut HPP wäre mit einem Studierendenaltbestand von rund 175.000 Studierenden zu rechnen.

Definition „Studierendenaltbestand“: Studierende insgesamt (WS 2000/01 * Erhöhungsquotient laut HPP) - Studienanfänger = (193.649 * 0,404 %) - 19.403 = 175.029.

Wir gehen davon aus, dass v. a. jene Studierenden das Universitätssystem verlassen werden, die derzeit keine Studien- und/oder Prüfungsaktivitäten an den Tag legen. Es ist anzunehmen, dass es sich hierbei in vielen Fällen um Studierende handelt, die durch die Einführung der Studiengebühren eine wahrscheinlich später erfolgte Entscheidung zum Studienabbruch vorziehen werden (z. B. Studierende, die in zunehmendem Maß berufstätig wurden und das Studium zurückstellten und keine Studienaktivitäten mehr zeigten, Studierende mit Kindern, die aufgrund familiärer und beruflicher Verpflichtungen derzeit keine Studienaktivitäten aufweisen, Studierende, die aus sonstigen Gründen noch das Studium zur Fortsetzung anmelden, ohne tatsächlich einen Studienabschluss anzustreben).

Bereinigung des „Studierendenaltbestandes“ um Faktor Studienaktivität auf Basis der Ergebnisse WS 1998/99 (siehe auch Tabelle 1 im Anhang; 66,80 % der Studierenden sind studienaktiv, d. h. werden das Studium nicht unmittelbar abbrechen) ergibt einen Ausfall von 33,20 % des „Studierendenaltbestandes“.

Bei jenen Studierenden, die keine Prüfungsaktivitäten aufweisen und nur in geringem Ausmaß studienaktiv sind, wird der „ökonomische“ Faktor (siehe Modellannahmen) eine Rolle spielen, d. h. es wird vermehrt zu vorgezogenen Studienabbrüchen bei jenen Studierenden kommen, die entweder in erheblichem Ausmaß berufstätig sind und/oder aufgrund von familiären Verpflichtungen

derzeit keine Prüfungen machen und nur in geringfügigem Ausmaß Zeit für das Studium aufwenden (können) und für die das Studium keinen zentralen Lebensbestandteil mehr darstellt. Zu den potentiellen Abbrechern werden daher jene Studierenden gezählt, die (a) keine Prüfungsaktivität aufweisen und (b) weniger als 10 Stunden pro Woche für das Studium aufwenden und die (c) das Studium im Vergleich zu den anderen Lebensbereichen (Beruf, Familie) in den Hintergrund gerückt sehen.

Laut Erhebung zur Sozialen Lage der Studierenden 1998 sind 8,1 % der Studierenden nicht prüfungsaktiv und verwenden weniger als 10 Stunden pro Woche für das Studium. 76,5 % dieser Studierenden sehen das Studium als im Hintergrund stehend gegenüber den anderen Lebensbereichen. Diese Gruppe stellte eine „Risikogruppe“ für einen vorgezogenen Studienabbruch dar, wobei die konkrete Abbruchwahrscheinlichkeit – wie in den Modellannahmen erläutert – durch die bisher geleisteten Investitionen und das herrschende Meinungsklima bestimmt wird.

Bei einem positiven Meinungsklima rechnen wir mit einem vorgezogenen Abbruch von 1/3 dieser Risikogruppe, bei einem negativen von der Hälfte. Das würde bedeuten, dass weitere 2,04 % bzw. 3,10 % des „Studierendenaltbestandes“ vorzeitig abbrechen.

Der „Studierendenaltbestand“ wird sich darüber hinaus um jene Studierenden reduzieren, die nach Bekanntwerden der Einführung der Studiengebühren einen vorgezogenen Studienabschluss anstreben und das Studium noch im SS 2001 abschließen können. Dieser Möglichkeit sind allerdings Grenzen gesetzt, da die Möglichkeit eines vorgezogenen Abschlusses aufgrund der organisatorischen Rahmenbedingungen limitiert ist (z. B. Kapazitätsprobleme bei Betreuung). Für das Studienjahr 2001/02 werden laut HPP 10.903 Studienabschlüsse erwartet. Es wird davon ausgegangen, dass nicht mehr als 10 % - 15 % der Studierenden ihren Abschluss tatsächlich vorziehen können (Restriktionen aus studententechnischen, beruflichen oder familiären Gründen). Für die weiteren Berechnungen wird mit dem Mittelwert 12,5 %, d. s. 1.363 Personen gerechnet.

Bei den **ausländischen, ordentlichen Hörern** an wissenschaftlichen Universitäten ist ebenfalls mit einem Rückgang der Studierendenzahlen zu rechnen. Zum einen rechnen Experten aus dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst damit, dass es aufgrund der Einführung von Studiengebühren zu einem Abwandern von ausländischen Studierenden kommt. Weiterhin ist damit zu rechnen, dass es für Studierende aus Entwicklungsländern durch die Erhöhung der Studiengebühren zu verschärften ökonomischen Problemen kommt,

wodurch sich ebenfalls die Abbruchquote erhöhen könnte. Auf der anderen Seite wird davon ausgegangen, dass das Problem der Prüfungs- bzw. Studieninaktivität bei ausländischen Studierenden aufgrund der Bedingungen für die Zulassung zum Studium und die Fortsetzung des Studiums deutlich geringer ist als bei inländischen Hörern.

Insgesamt rechnen wir mit einem Rückgang von 15 % bei den ausländischen, ordentlichen Hörern an wissenschaftlichen Universitäten. Laut vorläufiger Hochschulstatistik gab es im WS 2000/01 27.883 ausländische, ordentliche Hörer an wissenschaftlichen Universitäten in Österreich. Für das WS 2001/02 rechnen wir mit 23.701.

Die Zahl der **außerordentlichen Hörer** an wissenschaftlichen Universitäten wird wahrscheinlich zurückgehen. An wissenschaftlichen Universitäten sind im WS 2000/01 13.360 außerordentliche Hörer (Inländer und Ausländer) immatrikuliert. An Universitätslehrgängen waren laut vorläufigen Zahlen der Studierendenevidenz des BMBWK 10.194 in- und ausländische Studierende immatrikuliert (vgl. BMBWK 2000), die als außerordentliche Hörer vom Typ 1 gezählt werden. In dieser Gruppe von außerordentlichen Hörern wird sich nichts verändern. Somit bleiben als außerordentliche Hörer vom Typ 2 (d. h. ohne Studierende in Universitätslehrgängen) rund 3.000 außerordentliche Hörer. Aufgrund der fehlenden empirischen Evidenz über diese Gruppe von Studierenden können hier keine zusätzlichen Informationen in die Schätzung einbezogen werden. Wir gehen davon aus, dass die Hälfte der außerordentlichen Hörer das Studium beenden wird. Weiterhin außerordentliche Hörer werden z. B. jene Studierenden sein, die sich in Vorbereitungslehrgängen für ein Studium befinden (z. B. Studienberechtigungsprüfung, Deutschkurse für ausländische Studierende), wenn damit Vorteile für das künftige Studium verbunden sind oder formale Anforderungen (z. B. bei ausländischen Studierenden) erfüllt werden.

Zusammenfassend lassen sich die von uns erwarteten Ergebnisse so darstellen:

	Ohne Studiengebühren	Mit Studiengebühren bei	
		positivem Meinungsklima	negativem Meinungsklima
Studienanfänger	19.403	18.432	17.462
„Studierendenaltbestand“	175.029	111.985	110.130
Ausländische Hörer	27.883	23.701	23.701
außerordentliche Hörer	13.360	11.777	11.777
Wissenschaftliche Uni- versitäten gesamt	235.676	165.895	163.070

Während – ohne Studiengebühren – auf der Basis der HPP sowie unserer Schätzungen im WS 2001/02 mit ca. 236.000 Studenten an den wissenschaftlichen Universitäten zu rechnen gewesen wäre, wird die Einführung der Studiengebühren die Zahl der Hörer nach unseren Berechnungen auf ca. 165.000 reduzieren. Dabei handelt es sich aber überwiegend um eine Bereinigung um Scheinimmatrikulierte. Zugespitzt formuliert: die „Karteileichen“ werden verschwinden, die Studienaktivität wird annähernd gleich bleiben.

Wird es möglich sein, diese prognostischen Annahmen zu verifizieren? Bezüglich der Gesamtzahl der immatrikulierten Hörer werden wir nach Ende der Einschreibungsfrist Gewissheit haben. Aber woher kann man wissen, aus welchem Motiv der Abbruch erfolgte? Ob – wie wir vermuten – überwiegend studieninaktive Hörer ihre pro forma Immatrikulation einstellen, oder ob nicht doch eine weit größere Zahl, als wir unterstellen, aus ökonomischer Not das Studium abbricht? Ohne eine empirische Untersuchung wird man das nie mit Sicherheit sagen können. Es gibt aber einen Weg, die Plausibilität unserer Schätzung annäherungsweise zu überprüfen: Sollte die Zahl der Studienanfänger deutlich geringer sein, als von uns angenommen, ist das ein klares Indiz dafür, dass wir den ökonomischen Faktor doch unterschätzt haben. In diesem Fall müsste man auch beim „Altbestand“ die Motive für den Studienabbruch neu überdenken.

Literaturverzeichnis

BMBWK (2001): Vorläufige Statistik der Studierenden an wissenschaftlichen Universitäten im WS 1999/00 und im WS 2000/01, Stand Januar 2001

BMBWK (2000): Weiterbildung an Universitäten 2000/01, Wien.

BMWV (1999): Hochschulbericht 1999, Band 2, Wien

Dell'mour, R.; Landler, F. (2000): Quantitative Entwicklungstendenzen der österreichischen Hochschulen 1973-2020, Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.

Hirschman, AUßERORDENTLICHE (1996): Selbstbefragung und Erkenntnis, München

ÖSTAT (2000): Das Schulwesen in Österreich. Schuljahr 1999/2000, Wien

ÖSTAT (2000): Österreichische Hochschulstatistik. Studienjahr 1998/99, Wien

Wroblewski, A.; Unger, M.; Schmutzer-Hollensteiner, E. (1999): Bericht zu sozialer Lage der Studierenden, in: BMWV (Hrsg.): Materialien zur sozialen Lage der Studierenden, Wien

5 Anhang: Verwendete Datenbasen

Für die erstellte Prognose wurden eine Reihe unterschiedlicher Datenbasen verwendet, wobei versucht wurde, die jeweiligen Schwachstellen soweit wie möglich durch die Berücksichtigung anderer Datenbasen zu relativieren.

5.1 Hochschulstatistik

Ausgangsbasis bildet die Hochschulstatistik, insbesondere die Zahlen der Erstimmatrikulationen, der Studierenden insgesamt sowie der Studienabschlüsse pro Studienjahr. Diese Daten können auf die Ebene der Universität bzw. Universitätsstandorte heruntergebrochen werden und sind für inländische und ausländische sowie ordentliche und außerordentliche Studierende an wissenschaftlichen Universitäten und Universitäten der Künste verfügbar. Allerdings können auf dieser Basis keine Aussagen über Studien- oder Prüfungsaktivität von Studierenden getroffen werden.

5.2 Hochschulplanungsprognose

Für die Prognose werden die Daten der amtlichen Hochschulstatistik mit der HPP zusammengeführt. Für das konkrete Modell werden neben den Schätzungen der Studierendenzahlen, der Studienanfänger auch die erwarteten Studienabschlüsse einbezogen. Dabei stellen sich primär folgende Schwierigkeiten:

- Ein Problem besteht darin, dass die Prognose bereits 1997 erstellt wurde; die prognostizierten Zahlen für 1999 und 2000 weichen von den bereits bekannten Daten teilweise ab (auch wenn es sich bei den aktuellen Daten nur um „vorläufige Ergebnisse“ der amtlichen Statistik handelt, bei denen noch geringfügige Änderungen auftreten können). Wir werden daher aus der HPP nur die Veränderungsraten entnehmen, die Werte aber durch die bereits bekannten (vorläufigen) Einschreibungsdaten ersetzen.
- Die HPP stellt eine Schätzung der inländischen ordentlichen Hörer an den zwölf wissenschaftlichen Universitäten in Österreich dar. Die HPP bezieht sich auf den gesamten Universitätssektor bzw. wird auf Studienrichtungsebene heruntergebrochen. Allerdings erfolgt keine Differenzierung nach Universitäten bzw. Standorten.

5.3 Daten über die Prüfungsaktivität der Studierenden des BM

Für das Studienjahr 1998/99 erfolgte erstmals österreichweit eine Erhebung der Prüfungsaktivität von Studierenden. Diese Erhebung wurde für das Studienjahr 1999/2000 wiederholt. Da die Daten der zweiten Erhebung noch nicht vorliegen, werden die Ergebnisse für das Studienjahr 1998/99 verwendet.

Basis bildet die Evidenz der Studierenden und der Prüfungen jeder Universität in Österreich. In die Auswahl einbezogen wurden all jene Studierenden, deren Studium in beiden Semestern des Studienjahres zur Fortsetzung angemeldet ist

(Ausnahmen: Studienabschluss bzw. erstmalige Zulassung in einem der beiden Semester).

Problematisch an dieser Datenbasis ist, dass Studierende, die an mehr als einer Universität immatrikuliert sind, mehrfach gezählt werden und aufgrund der Datenerhebung (anonymisiert) nicht bereinigt werden können. Allein in Wien sind nach Schätzung des BM rund 2.500 Studierende an mehr als einer Universität immatrikuliert (z. B. Lehramtsstudierende, die auch an Universitäten der Künste immatrikuliert sind, Studierende, die an der Hauptuniversität und der Wirtschaftsuniversität bzw. der Technischen Universität studieren).

5.4 Befragung zur Sozialen Lage der Studierenden

Die Ergebnisse zur Prüfungsaktivität werden in Beziehung zu den Ergebnissen der Befragung von Studierenden im Rahmen der Erhebung zur Sozialen Lage der Studierenden („Sozialbericht 1998“) gesetzt. Dies deshalb, da die Befragung zur Sozialen Lage der Studierenden gezeigt hat, dass der Indikator der „Prüfungsaktivität“ (gemessen am Anteil der Studierenden, die im vorhergehenden Studienjahr Prüfungen abgelegt, Scheine/Zeugnisse erworben haben) den Indikator „Studienaktivität“ (gemessen an den Studierenden, die Zeitaufwand für das Studium angeben, ohne Prüfungen abgelegt zu haben - z. B. durch längere Vorbereitungszeit auf „Großprüfungen“, Arbeit an Abschlussarbeit) unterschätzt.

Problematisch für die vorliegende Abschätzung der Studierendenzahlen im WS 2001/02 stellt sich die Erhebungsmethode dar. Die Befragung zur Sozialen Lage der Studierenden wird mittels standardisiertem, schriftlichen Fragebogen durchgeführt. Die Befragung richtete sich an 10.000 zufällig ausgewählte Studierende an Universitäten, Fachhochschulen und Universitäten der Künste. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Befragung, d. h. in den Vorgängererhebungen unterrepräsentierte Gruppen von Studierenden werden ebenfalls erfasst (berufstätige Studierende, Studierende mit Kind). Im Universitätsbereich wurde eine disproportionale Stichprobe gezogen, um auch an kleinen Universitäten eine ausreichend große Anzahl von Studierenden zu erreichen. Die Repräsentativität wurde durch eine anschließende Gewichtung anhand der Studierendenevidenz gewährleistet. An derartigen Befragungen nehmen erfahrungsgemäß nur jene Studierenden teil, die sich selbst als solche definieren, d. h. in irgendeiner Form studienaktiv sind oder aber erst kurzfristig keine Studienaktivitäten aufweisen und dennoch davon ausgehen, dass sie das Studium abschließen werden. D. h. jene Studierenden, die umgangssprachlich als „Scheinimmatrikulierte“ bezeichnet werden, sind in der Befragung unterrepräsentiert. Diese Unterrepräsentanz kann auch durch eine Gewichtung nicht behoben werden, da es auch in der amt-

lichen Statistik (Hochschulstatistik) keine Angaben zum Ausmaß der inaktiven Studierenden gibt.

Tab. 1: Studienaktivität und Prüfungsaktivität laut Daten des BMBWK und der Befragung zur Sozialen Lage der Studierenden

Universität	Befragung zur Sozialen Lage der Studierenden 1998			Daten des BMBWK Studienjahr 1998/99	
	Studienaktivität	Prüfungsaktivität	Faktor	Prüfungsaktivität	Gewichtet mit Faktor
Universität Wien	96,3 %	83,4 %	1,155	52,14 %	60,20 %
Universität Graz	97,1 %	84,1 %	1,155	65,38 %	75,48 %
Universität Innsbruck	96,6 %	90,5 %	1,067	68,74 %	73,37 %
Universität Salzburg	95,7 %	89,1 %	1,074	64,21 %	68,97 %
Technische Universität Wien	93,1 %	84,1 %	1,107	58,71 %	64,99 %
Technische Universität Graz	95,1 %	93,7 %	1,015	67,98 %	69,00 %
Montanuniversität Leoben	100 %	96,9 %	1,032	66,36 %	68,49 %
Univ. für Bodenkultur Wien	92,1 %	81,6 %	1,129	65,53 %	73,97 %
Veterinärmedizin Wien	100 %	93,9 %	1,065	60,52 %	64,45 %
Wirtschaftsuniversität Wien	90,2 %	80,3 %	1,123	51,62 %	57,98 %
Universität Linz	94,5 %	84,6 %	1,117	61,36 %	68,54 %
Universität Klagenfurt	88,6 %	78,6 %	1,127	63,83 %	71,95 %
Summe Universitäten	95,1 %	85,0 %	1,119	59,71 %	66,80 %
Akademie der bild. Künste	100 %	100 %	1,000	88,80 %	88,80 %
Universität für angew. Kunst	100 %	100 %	1,000	88,53 %	88,53 %
Universität für Musik	100 %	90,0 %	1,111	91,78 %	101,97 %
Mozarteum Salzburg	100 %	100 %	1,000	90,71 %	90,71 %
Universität der Künste Graz	100 %	100 %	1,000	98,80 %	98,80 %
Universität der Künste Linz	100 %	90,9 %	1,100	85,56 %	94,13 %
Summe Universitäten der Künste	100 %	94 %	1,064	91,51 %	97,35 %

Quelle: BMBWK, Sozialbericht 1998

Anschrift der Verfasser:

Dr. Hans Pechar
Institut für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung
der Universitäten Klagenfurt, Wien, Innsbruck und Graz (IFF)
Schottenfeldgasse 29/4
A – 1070 Wien
E-Mail: hans.pechar@univie.ac.at

Dr. Angela Wroblewski
Institut für Höhere Studien (IHS)
Stumpergasse 56
A – 1060 Wien
E-Mail: wroblews@IHS.ac.at